

Schwarz auf Weiss

aus Berlin



**Newsletter der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss für
Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg,
Schermbeck, Sonsbeck, Voerde, Wesel, Xanten**

Liebe Leserinnen und Leser,

ich wünsche Ihnen alles erdenklich Gute für das neue Jahr: Gesundheit, Freude, Erfolg und Gottes Segen. Uns eint sicherlich alle der Wunsch nach einem friedlichen und guten Jahr für unser Land, für Europa und für die Welt. Leider hat das Jahr denkbar grausam begonnen:

- die widerwärtigen Vorkommnisse in Köln in der Silvesternacht,
- der furchtbare Anschlag in der Türkei, durch den 10 Menschen ihr Leben verloren haben und viele verletzt wurden,
- die Anschläge in Indonesien in dieser Woche.

Diese Vorkommnisse bereiten uns auch angesichts der Flüchtlingssituation Sorgen. Die Stimmung im Bundestag ist entsprechend gespannt. Eine Sitzung jagt die andere. Mit Hochdruck arbeitet die Koalition an einer Lösung der derzeit dringenden Herausforderungen. Dabei gibt es natürlich auch Diskussionen über den richtigen Lösungsweg, das muss auch in einer Demokratie so sein.

Die brutalen Übergriffe in Köln haben uns in dieser Woche besonders intensiv beschäftigt. Die Regierungskoalition hat sich sehr schnell auf rechtliche Konsequenzen verständigt, die jetzt rasch in Gesetze umgesetzt werden müssen. Wir werden gemeinsam mit unserem Koalitionspartner gesetzliche Verschärfungen beschließen, mit denen erreicht werden soll, dass straffällige Ausländer und Migranten leichter ausgewiesen werden können bzw. ihnen die Flüchtlingseigenschaft entzogen werden kann. Aber auch an einer weiteren

deutlichen Reduzierung der Flüchtlingszahlen arbeiten wir. Die Bundeskanzlerin unternimmt alles, um hier zu einer europäischen Lösung zu kommen. Diese kann nur in gemeinsamer europäischer Solidarität und in enger Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlingsbewegung funktionieren. Auch an einer Vereinbarung mit der Türkei wird gearbeitet. Für diesen Weg braucht Bundeskanzlerin Angela Merkel noch etwas Zeit und vor allem unsere Unterstützung. Solch komplexe Problemstellungen, wie wir sie derzeit mit der Flüchtlingssituation erleben, lassen sich nicht innerhalb einiger Wochen lösen.

Mit dem feigen und furchtbaren Anschlag in Istanbul, bei dem 10 deutsche Touristen getötet wurden, hat sich leider einmal mehr gezeigt, dass der barbarische Terror uns überall treffen kann. Auch hier gilt es, dass wir alles tun müssen, um unser Land zu schützen. Die innere Sicherheit wird daher in diesem Jahr von großer politischer Bedeutung sein.

In Berlin im Regierungsviertel hat man seit Beginn dieses Jahres das Gefühl, dass die Sicherheitsvorkehrungen nochmal verschärft wurden, auch das führt zu einem diffusen Gefühl der Bedrohung, von dem ich mich leider auch nicht gänzlich freimachen kann.

Ich wünsche Ihnen nun – trotz der schwierigen Weltlage – ein wunderschönes Wochenende. Meine ausführliche Stellungnahme zur Flüchtlingssituation finden Sie auf Seite 4.

Mit herzlichen Grüßen

Sabine Weiss



In dieser Ausgabe:

- Brief an die Leser
- Im Plenum, Daten und Fakten
- Bilder aus Berlin
- Stellungnahme

IMPRESSUM

Sabine Weiss MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77720
Telefax: 030 / 227-76720

E-Mail: sabine.weiss@bundestag.de
Internet: www.sabine-weiss.de

IM PLENUM

Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Datenaustauschverbesserungsgesetz). Mit dem Gesetzentwurf, den wir beschließen, verbessern wir den Austausch der Daten von Asyl- und Schutzsuchenden sowie Personen, die unerlaubt nach Deutschland einreisen oder sich unerlaubt aufhalten, zwischen den beteiligten Stellen. So verhindern wir aufwändige Mehrfacherfassungen. Die aktuell sehr hohen Flüchtlingszahlen haben gezeigt, dass wir den Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen umfassend modernisieren müssen. Neben den bereits heute schon zu speichernden Grundpersonalien werden etwa auch Fingerabdrücke sowie Angaben zu Gesundheit und Bildung in einer zentralen Datenbank erfasst. Gleichzeitig sieht das Gesetz die Ausstattung der die Registrierung durchführenden Stellen mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichsystem vor, um eine Datenabfrage bei den AFIS-Datenbanken zu ermöglichen. Die Registrierung wird durch ein fälschungssicheres Dokument nachgewiesen, welches die Grundlage für den Bezug von Leistungen bildet und von einer zuständigen Stelle ausgestellt wird. Wir erreichen so eine dringend notwendige Verbesserung der Erfassung und des Austausches der Daten von Asylbewerbern, wodurch Mehrarbeit vermieden und Abläufe beschleunigt werden können.

Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse. In erster Lesung behandeln wir ein Gesetz zur Umsetzung der europäischen Tabakproduktrichtlinie. Die Bestimmungen sollen die gesundheitsgefährdenden Risiken, die mit dem Rauchen einhergehen, verdeutlichen und den Gesundheitsschutz stärken. Unter anderem müssen gesundheitsbezogene Warnhinweise auf Verpackungen von Tabakerzeugnissen deutlich sichtbar sein. Weiterhin wird das Inverkehrbringen von Zigaretten und Tabak zum Selbstdrehen, die aromatische Bestandteile enthalten, mit denen sich der Geruch, Geschmack oder die Rauchintensität verändern lassen, verboten. Das Verbot hat auch das Inverkehrbringen von Filtern, Papieren oder Kapseln zum Gegenstand, soweit diese Tabak oder Nikotin enthalten. Erstmals sind auch Vorschriften für nikotinhaltige E-Zigaretten und mediale Werbeverbote für pflanzliche Tabakprodukte vorgesehen.

DATEN und FAKTEN

Arbeitsmarkt auf Rekordniveau. 2015 war ein Erfolgsjahr für den Arbeitsmarkt. Im vergangenen Jahr waren 43 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig – so viele wie noch nie zuvor. Die Zahl stieg um 324 000 im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Zahl der Arbeitnehmer wuchs um 1,1 % auf 38,7 Millionen. Zugleich liegt die Anzahl der offenen Stellen auf Rekordhoch. Somit sind insbesondere die Arbeitnehmer Profiteure der robusten Situation auf dem Arbeitsmarkt. Alle wissen: Die Herausforderung der Betreuung von Flüchtlingen lässt auch die arbeitsmarktpolitische Entwicklung nicht kalt. Die ersten Anzeichen sind bei der zunehmenden Nachfrage nach Wach- und Sicherheitspersonal, Fachkräfte für den sozialen Sektor sowie Verwaltungsmitarbeitern zu konstatieren. Alle wissen aber auch: Durch den Zuzug von arbeitslosen Flüchtlingen werden auch die Arbeitslosenzahlen eine Anpassung erfahren müssen. Für 2016 werden demnach zwischen 40.000 und 100.000 mehr Arbeitslose erwartet.

(Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit)

Industrie 4.0 bringt Vorteile mit sich. Bei der Vernetzung von virtuell-digitalen und physischen Welten (Industrie 4.0) überwiegen die Vorteile bei der Folgenabschätzung für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt deutlich. Positive Effekte werden bei dem Konsum der privaten Haushalte festzustellen sein, die durch steigende Bedarfe und erhöhte Arbeitnehmerentgeltzahlungen ausgelöst werden. Bis 2025 werden sich die Gewinne des Verarbeitenden Gewerbes und der Landwirtschaft um 12,5 Mrd. € erhöhen. Die darauffolgenden Jahre könnten weitere Gewinnsteigerungen mit sich bringen, denn der Umbau der Industrie wird dann abgeschlossen sein, jedoch werden die Nachfragewerte konstant bleiben. Trotz zunehmender Wertschöpfung und damit einhergehender Steigerung volkswirtschaftlicher Gewinne und Löhne werden circa 60.000 Personen weniger erwerbstätig sein. Dieses Ergebnis ist dennoch mit Unsicherheiten behaftet und wird keine nachhaltige Wirkung für den Arbeitsmarkt zeitigen. Signifikant ist die Umschichtung von Arbeitsplätzen: 490.000 Arbeitsplätze gehen verloren, während 430.000 neue Arbeitsplätze insbesondere im Dienstleistungssektor entstehen werden. Letztlich wird es einen massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen ebenso wenig geben wie einen deutlichen Aufschwung der Jobzahlen.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)



Treffen mit dem Leiter von UN-Habitat, der Organisation der Vereinten Nationen für Stadtentwicklung.



Der Winter hat Einzug gehalten.

Meine Stellungnahme zur aktuellen Situation zur Flüchtlingspolitik

Mich haben sehr viele Zuschriften zum Thema Flüchtlinge und zu den Vorkommnissen in der Silvesternacht erreicht. Das Thema beschäftigt mich sehr und geht mir nahe und zwar nicht nur in meinem politischen Aufgaben- und Verantwortungsbereich, sondern auch in meinem ganz persönlichen Umfeld. Es gibt derzeit kaum ein Gespräch mit meiner Familie und meinen Freunden, das sich nicht um die Flüchtlingssituation dreht und wie wir diese Herausforderungen meistern.

Ich möchte Ihnen hierzu einige sachliche, aber auch persönliche, Anmerkungen geben:

- Es ist falsch, dass es Politiker kalt lässt, dass sich viele Menschen Sorgen machen. Die aktuelle Flüchtlingssituation und die widerwärtigen Geschehnisse an Silvester bewegen mich genauso wie Sie. Ich bin ständig in meinem Wahlkreis unterwegs, besichtige Flüchtlingsunterkünfte, besuche Bürgerversammlungen und bin im ständigen Austausch mit den Menschen. Genau wie viele Menschen in diesem Land mache auch ich mir angesichts der Flüchtlingssituation viele Gedanken wie sich dieser massive Zustrom von Menschen auf unser Land auswirkt.
- Wir müssen die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, drastisch reduzieren, das ist richtig. Gleichzeitig müssen diejenigen, die keine Bleiberechtsperspektive haben, schnell unser Land verlassen. Daran arbeiten wir mit Hochdruck. Mehrere Maßnahmenpakete wurden auf den Weg gebracht, weitere sind in Arbeit. Erste Erfolge sind sichtbar: die Zahl der Flüchtlinge ist gesunken, die Asylverfahrensdauer wurde deutlich gesenkt.
- Eine Obergrenze halte ich nicht für praktikabel und auch nicht für durchsetzbar: Unser Grundrecht auf Asyl lässt sich nicht zahlenmäßig begrenzen. Menschlichkeit und Humanität können und dürfen nicht bei der Familie aus Syrien aufhören, die das Pech hat, die Nummer +1 nach Erreichen der Obergrenze zu sein. Das entspricht nicht meiner Vorstellung von christlichen und europäischen Grundwerten.
- Die Grenze dicht zu machen, ist eine beliebte Forderung, aber nicht wirklich umsetzbar. Wollen wir allen Ernstes Stacheldraht um unser Land ziehen? Oder wie sollen mehr etwa 3.700 km grüne Grenze dicht gemacht werden? Und selbst wenn dieses Schreckensszenario eines mit Stacheldraht umzäunten Deutschlands möglich wäre, wird dies Menschen in Not nicht aufhalten.
- Millionen Menschen befinden sich derzeit weltweit auf der Flucht vor Krieg, unvorstellbarem Leid und barbarischem Terrorismus. Wir sollten jeden Tag dankbar sein, dass wir in Deutschland seit 70 Jahren dieses furchtbare Leid und diese Todesangst, die viele Flüchtlinge erlebt haben, nicht mehr kennen. Die Bekämpfung der Fluchtursachen ist daher auch richtigerweise ein Schwerpunkt der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik.
- Integration gelingt nur durch fordern und fördern. Wir müssen von Anfang an und noch verstärkt Flüchtlinge fördern, damit sie sich schnell in unsere Gesellschaft integrieren und auch Teil des Arbeitsmarktes werden, aber auch die Pflicht zur Integration konsequenter einfordern.
- Die Basis unseres Zusammenlebens ist das Grundgesetz. Wer zu uns kommt und auf Dauer oder auch nur befristet in Deutschland leben möchte, hat sich an unsere Gesetze und Werte zu halten. Wer dazu nicht bereit ist, der muss unser Land verlassen.
- Nicht jeder Flüchtling, der zu uns kommt, ist ein Gewaltverbrecher. Aber auch nicht jeder ist ein guter Mensch.
- Daher darf es keinen Generalverdacht gegen Flüchtlinge geben, aber auch kein Verschweigen der Herkunft von Tätern – wie dies in Köln anfänglich geschehen ist. Wer sein Gastrecht missbraucht und straffällig wird, der muss unser Land, wenn irgendwie möglich, schnell verlassen. Um das zu erreichen, hat die Union durchgesetzt, dass künftig straffällig gewordene Ausländer schneller abgeschoben werden

können. Darüber hinaus wird das Sexualstrafrecht verschärft, zukünftig werden widerwärtige Attacken wie in Köln in der Silvesternacht härter bestraft.

- Die Multi-Kulti- Romantik der letzten Jahrzehnte ist gescheitert: Wer hier leben will, muss sich unseren Werten und unsere Gesetzen anpassen und nicht umgekehrt, nur dann kann die Integration gelingen und der Zuzug von Flüchtlingen letztlich positive Effekte haben.
- Seit Jahren werden die negativen Auswirkungen des demografischen Wandels, also einer alternden Gesellschaft, beschrieben. Wir brauchen junge Menschen, um nicht eine Gesellschaft von Greisen zu werden. Wenn uns die Integration gelingt, können die Flüchtlinge dazu beitragen, dass die Auswirkungen des demografischen Wandels abgemildert werden.
- In der Debatte um die Flüchtlingspolitik sollten wir alle wieder zu mehr Sachlichkeit und gegenseitigem Respekt zurückkehren. Zutiefst erschrocken bin ich über die sprachlichen Entgleisungen, die Gewaltandrohungen und -phantasien und über die generelle Verrohung, die sich im Internet, aber auch in manchen Zuschriften, entlädt.
- Viele Flüchtlinge sind vor unvorstellbarem Leid geflohen und haben Furchtbares durchgemacht. Wenn wir es also ernst meinen mit den christlichen Werten, auf die sich viele nur allzu gerne berufen, dann sollten wir auch Barmherzigkeit zeigen und keinen Hass. Christliche Werte sind nicht nur für Sonntagspredigten gedacht, sondern zeigen sich vor allen Dingen durch unsere Taten.

Mein FAZIT:

Diejenigen, die aus Not und Elend fliehen und schutzbedürftig sind, müssen Schutz und schnelle Integrationsangebote erhalten. Diejenigen aber, die keine Bleiberechtsperspektive haben oder diejenigen, die sich nicht an unsere Gesetze halten, müssen unser Land schnell wieder verlassen.

Wir stehen an einem Wendepunkt. Die Herausforderung der Flüchtlingssituation ist sicherlich eine der größten, vor denen unser Land seit Ende des zweiten Weltkrieges gestanden hat. Wir arbeiten mit Hochdruck an einer weiteren deutlichen Reduzierung der Flüchtlingszahlen und an einer Verschärfung des Asylrechts. Es wird ein gesellschaftlicher und politischer Kraftakt werden, das ist klar und sollte auch nicht beschönigt werden. Wenn wir aber ehrlich die Probleme beim Namen nennen, Integration fördern, aber auch verpflichtend auf der Basis unserer Gesetze und Werte einfordern, kann die Flüchtlingssituation letztlich auch positive Effekte auf unsere Gesellschaft haben.

Sabine Weiss